

**Landkreis Ebersberg**

**14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/20. Kreis- und Strategieausschuss**



**Protokoll**

**20. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil**

**am Mittwoch, 12.07.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:49 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

**Anwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Brilmayer, Walter

anwesend ab 16:18 Uhr;

Vorsitz bei TOP 12 ö und ab TOP 26 nö bis TOP 31 nö

Frick, Roland

Mayr, Piet

Vertreter von Herrn Martin Wagner

Müller, Alexander

Ockel, Udo

Schwaiger, Johann

Vertreter von Herrn Thomas Huber

**SPD-Fraktion**

Hingerl, Albert

abwesend ab 18:55 Uhr

Platzer, Elisabeth

Vertretung von Herrn Dr. Ernst Böhm

**Freie Wähler-Fraktion**

Reitsberger, Georg

anwesend ab 15:09 Uhr

**GRÜNE-Fraktion**

Gruber, Waltraud

abwesend ab 19:05 Uhr; Vorsitz bei TOP 8 ö

Kirchlechner, Melanie

Vertretung von Herrn Reinhard Oellerer;

abwesend ab 19:25 Uhr

**AG AfD-BP-ödp-parteilos**

Eckert, Christian

**Abwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Huber, Thomas

vertreten durch Herrn Johann Schwaiger

Wagner, Martin

vertreten durch Herrn Piet Mayr

**SPD-Fraktion**

Böhm, Ernst Dr.

vertreten durch Frau Elisabeth Platzer

**GRÜNE-Fraktion**

Oellerer, Reinhard

vertreten durch Frau Melanie Kirchlechner

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung im Landkreis Ebersberg (SAPV) - Tätigkeitsbericht  
Vorlage: 2017/2915
- TOP 4 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Änderung bezüglich Kreisjugendring  
Vorlage: 2017/2895
- TOP 5 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Änderung bezüglich der Katholischen Jugendstelle  
Vorlage: 2017/2871
- TOP 6 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Landkreises Ebersberg - Feststellung des Jahresabschlusses  
Vorlage: 2017/2919
- TOP 7 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg - Feststellung des Jahresabschlusses  
Vorlage: 2017/2920
- TOP 8 Erteilung der Entlastung für das Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2015  
Vorlage: 2017/2921
- TOP 9 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH 2015  
Vorlage: 2017/2922
- TOP 10 Haushalt 2017; Zwischenbericht 2017 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses  
Vorlage: 2016/2797
- TOP 11 Haushalt 2018; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)  
Vorlage: 2016/2798
- TOP 12 Ersatz der provisorischen Containerklassenzimmer am Gymnasium Vaterstetten und Ausbau auf 1.500 Schüler  
Vorlage: 2017/2914/1
- TOP 13 Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2015 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrats  
Vorlage: 2016/2799
- TOP 14 Jahresabschluss 2016 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg  
Vorlage: 2016/2800
- TOP 15 Betrauungsakt für die Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU  
Vorlage: 2017/2906
- TOP 16 Beitritt der Gemeinde Moosach zur Wohnbaugesellschaft Ebersberg WBE gKU; Änderung der Unternehmenssatzung  
Vorlage: 2017/2882
- TOP 17 Antrag der GWG Wasserburg auf Baukostenzuschuss zum Neubau von EOF-Wohnanlagen in Vaterstetten  
Vorlage: 2017/2908

- TOP 18 Energieagentur Ebersberg, Beteiligung des Landkreises München  
Vorlage: 2017/2902/1
- TOP 19 Meilensteinplanung zur Energiewende  
Vorlage: 2017/2847/1
- TOP 20 Beschleunigter Ausbau der Flughafentangente Ost (FTO) bis zur A 94;  
Antrag der CSU-FDP-Fraktion vom 02.05.2017  
Vorlage: 2017/2886/1
- TOP 21 Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen; Antrag der SPD- und Bündnis 90 / Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 23. Juni 2017  
Vorlage: 2017/2931
- TOP 22 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 23 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 24 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 25 Anfragen
- TOP 25.1 Geplanter Trägerwechsel im Frauenhaus Erding - Auswirkungen für den Landkreis; Anfrage SPD-Fraktion vom 10.07.2017; Kündigung Träger Frauenhaus Erding; Anfrage Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 10.07.2017

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 24.04.2017 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung im Landkreis Ebersberg (SAPV) - Tätigkeitsbericht
-------	--

2017/2915

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 16.07.2012, TOP 16 N  
Kreis- und Strategieausschuss am 03.12.2012, TOP 10 ö  
SFB-Ausschuss am 18.03.2015, TOP 4 ö

An der Beratung nahmen teil:

Katja Goudinoudis,  
Leiterin des Zentrums für Ambulante Hospiz- und Palliativversorgung

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein. Von 2014 bis 2017 seien insgesamt 48.054 € an Fördergeldern ausbezahlt worden. Die jährlich zugesicherte Defizitförderung in Höhe von 64.000 € für 2013 – 2017 sei bei weitem nicht benötigt worden. Das Projekt stehe gut auf eigenen Füßen.

Frau Goudinoudis berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) über die Arbeit der SAPV im Landkreis Ebersberg.

Der Landrat bedankt sich bei Frau Goudinoudis für die gute Arbeit.

KR Albert Hingerl erkundigt sich, wie die SAPV auf Gemeindeebene unterstützt werden könne. Frau Goudinoudis erklärt, dies könne vor allem über Informationen zur Palliativversorgung in der Öffentlichkeit (z.B. im Gemeindeblatt) erfolgen.

Nachdem Verständnisfragen geklärt werden konnten, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**In der Sommersitzung des SFB-Ausschusses soll künftig einmal im Jahr ein Tätigkeitsbericht erfolgen, erstmals im Jahr 2018.**



**einstimmig angenommen**

**TOP 4 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Änderung bezüglich Kreisjugendring**

2017/2895

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Frau Gertraud Reischl wird als Nachfolgerin von Frau Anna Greithanner als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.**



**einstimmig angenommen**

**TOP 5 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Änderung bezüglich der Katholischen Jugendstelle**

2017/2871

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Frau Ruth Mühlberger wird als Nachfolgerin von Frau Bernadette Bognar als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.**



**einstimmig angenommen**

**TOP 6 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Landkreises Ebersberg - Feststellung des Jahresabschlusses**

2017/2919

Vorberatung: Rechnungsprüfungsausschuss am 05.04.2017, TOP 3

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2015 mit den auf den Seiten 20 bis 21, 32 bis 35, 44 und 53 des Berichts vom 09.03.2017 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festgestellt. Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 2 zur Niederschrift.**
- 2. Die Ziffer 1 des Beschlusses des Kreis- und Strategieausschusses vom 18.04.2016 (TOP 5 Ö) zur Verbuchung des Jahresüberschusses 2015 i.H.v. 7.474.720,56 € wird bestätigt. Darüber hinaus wird dieser erwirtschaftete Jahresüberschuss der Ergebnistrücklage zugeführt.**



**einstimmig angenommen**

TOP 7	Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg - Feststellung des Jahresabschlusses
-------	--

2017/2920

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss am 05.04.2017, TOP 4

An der Beratung nahmen teil:

Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2015 mit den auf den Seiten 21 bis 23 des Berichts vom 06.12.2016 ausgewiesenen Summen gemäß § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) i.V.m. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt. Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 3 zur Niederschrift.**
- 2. Der Jahresfehlbetrag 2015 i.H.v. 131.568,72 € wird in Übereinstimmung mit § 10 Abs. 2 WkKV durch eine entsprechende Verringerung der Kapitalrücklagen (Eigenkapital) gedeckt.**



**einstimmig angenommen**

TOP 8	Erteilung der Entlastung für das Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2015
-------	--

2017/2921

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Der Landrat ist als Leiter der Verwaltung persönlich beteiligt und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil. Er bittet KRin Waltraud Gruber als weitere stellvertretende Landrätin, den Vorsitz zu diesem TOP zu übernehmen.

Herr Neugebauer erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage. Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt KRin Waltraud Gruber den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Der Landkreisverwaltung wird gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für die Haushaltsführung im Jahr 2015 die Entlastung erteilt.**



**einstimmig angenommen**

Der Landrat, als Leiter der Landkreisverwaltung, hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 9	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH 2015
-------	--

2017/2922

Vorberatung Rechnungsprüfungsausschuss am 05.04.2017, TOP 5

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Der Landrat übernimmt wieder den Vorsitz und erteilt Herrn Neugebauer das Wort, der den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage erläutert.

Der Landrat bedankt sich beim Rechnungsprüfungsausschuss sowie Frau Plischke und Herrn Staffe für die viele Arbeit, die hinter diesen Prüfungsberichten steckt.

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH für das Jahr 2015 vom 04.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 10	Haushalt 2017; Zwischenbericht 2017 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses
--------	---

2016/2797

1/14/HH 17/ Zwischenberichte

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) den Sachverhalt.

Abschließend teilt Frau Keller mit, dass die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer zum 31.05. mit rund 660.000 € über dem Wert des Vorjahres und falls die Entwicklung so anhalte, das Ergebnis am Jahresende 1 Mio. € über dem Ansatz läge.

Daraufhin erinnert KR Albert Hingerl an die Diskussionen im Jahr 2016 zum Haushaltsplan und der damit verbundenen Festsetzung der Kreisumlage.

Nach der Bundestagswahl im Herbst wüsste man mehr, wie es mit der Grunderwerbssteuer im nächsten Jahr weitergehe, so der Landrat. Im Herbst werde der Haushalt 2018 beraten und die aktuellen Entwicklungen bei der Grunderwerbssteuer mitgeteilt.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Auch im nächsten Jahr ist dem Kreis- und Strategieausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.**



**einstimmig angenommen**

TOP 11	Haushalt 2018; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
--------	---

2016/2798

1/14/Eckwerte 2018

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1; Zentrales und Bildung  
Herbert Jungwirth, SG-Leiter 13; Liegenschaften  
Anna Maria Esterl, stellvertretende Geschäftsführerin Jobcenter  
Christian Salberg, Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie

Der Landrat führt in den Sachverhalt ein.

Mit dem heutigen Kreis- und Strategieausschuss beginnen die Haushaltsplanungen 2018 mit der Vorbereitung der Eckwerte für den Kreistag am 24.07.2017.

Die vom Finanzmanagement vorgenommenen Vorausberechnungen seien wieder positiv. Die Umlagekraft des Landkreises werde wieder steigen, so dass eine Erhöhung der Kreisumlage aus heutiger Sicht nicht zu befürchten sei.

Die Kreisumlage konnte bereits vier Mal in Folge gesenkt werden, was allein der außerordentlich guten konjunkturellen Lage geschuldet sei.

Auch die Rahmenbedingungen der Verschuldung seien weiter positiv. Noch 2012 ginge man von einem Höchststand der Verschuldung in Höhe von 78 Mio. € bis zum Jahr 2015 aus. Angesichts erheblicher Investitionen, vor allem in die Bildung in den nächsten Jahren, werden schon in der aktuellen Finanzplanung 33 Mio. € neue Kredite dargestellt. Doch auch dann werde die Verschuldung im Jahr 2020 mit 67,3 Mio. € noch deutlich unter dem Szenario 2012 liegen.



Der Kreishaushalt konnte sich 2016 erstmals seit vielen Jahren wieder ein kleines Liquiditätspolster von gut 10 Mio. € aufbauen. Dennoch müssten die Ergebnisüberschüsse wegen hoher Investitionstätigkeit auf hohem Niveau bleiben. Die Einhaltung der Finanzleitlinie des Landkreises habe bei allen Überlegungen oberste Priorität, eine Verletzung der selbst gesteckten Finanzziele werde der Landrat nicht befürworten.

Zu den Eckwerten müsse aufgefallen sein, dass die Finanzmanagerin Frau Keller den Vorschlägen der Sachgebiete in den Teilbudgets weitgehend nicht gefolgt sei. Das habe auch seinen Grund, so der Landrat weiter. Die Abweichung zwischen Plan und IST war noch nie so hoch und von der zentralen Steuerung auch nicht gewollt. Ursächlich dafür waren die großen Planungsunsicherheiten und Verwerfungen, die durch Asyl eingetreten seien. Dies gelte es im Jahr 2018 zu bereinigen und zu konsolidieren.

Die Eckwerte für das Jahr 2018 wurden gegenüber der Planung im Jahr 2017 im Ergebnis um 353.585 € gesenkt.

Der Landrat beendet den Sachvortrag mit dem Wunsch, dass die Eckwerteberatungen von Kreis- und Strategieausschuss und Kreistag gute Weichen für eine zukunftsorientierte Landkreispolitik stellen mögen.

Frau Keller ergänzt den Sachvortrag mit einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll).

Vorschlag von KR Christian Eckert, aufgrund der steigenden Investitionskosten die Messlatte der Warteliste von 200.000 € auf 250.000 € zu erhöhen. Frau Keller erläutert, dass derzeit nicht viele Investitionen auf der Warteliste seien und die Erhöhung deshalb auch nicht notwendig sei.

KR Alexander Müller macht auf einen möglich höheren Bedarf der KdU durch Familienzuwachs aufmerksam. Es gebe die Zusage der deutschen Botschaften zu Familienzusammenführungen. Ebenso gebe es immer mehr Fehlbeleger. Frau Keller antwortet darauf, dass eine kleine Steigerung gegenüber der aktuellen KdU berücksichtigt sei.

Auf Wunsch von KR Albert Hingerl und KRin Elisabeth Platzer geben die Fachstellen, soweit anwesend, Auskunft, wie sie mit den Kürzungen der Teilbudgets klarkommen. Herr Jungwirth äußert Bedenken zur Kürzung für den LSV-Ausschuss. Es müssten nicht Generalsanierungen stattfinden, wenn regelmäßig in den Bauunterhalt investiert würde.

KRin Waltraud Gruber verweist auf die Warnindikatoren und erkundigt sich, ob bei 33 Mio. € neuer Kredite der Schuldendienst gefährdet sei. Frau Keller erläutert, dass der Landkreis 2016 10 Mio. € Überschuss erwirtschaftet habe. Für das Jahr 2017 werden daher für Investitionen keine Kredite aufgenommen. Investitionen würden auch durch Ergebnisüberschüsse finanziert.

KRin Waltraud Gruber unterstütze den Eckwerte-Vorschlag von Frau Keller. Allerdings sehe sie, dass die Eckdaten des SFB-Ausschusses schwer zu kalkulieren seien.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Für die Haushaltsberatungen 2018 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:**

	Plan 2017	Eckwert 2018
<b>Kreis- und Strategieausschuss (KSA)</b>	<b>8.283.761</b>	<b>8.600.000</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>12.751.173</b>	<b>12.800.000</b>
<b>SFB-Ausschuss</b>	<b>18.025.115</b>	<b>16.800.000</b>
<b>ULV-Ausschuss</b>	<b>4.899.431</b>	<b>5.400.000</b>
<b>LSV-Ausschuss</b>	<b>11.994.105</b>	<b>12.000.000</b>
<b>Summe</b>	<b>55.953.585</b>	<b>55.600.000</b>

**Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 55.600.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse reduziert sich gegenüber der Planung 2017 um 353.585 €.**

**Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2018 diese Eckwerte einzuhalten.**



**einstimmig angenommen**

TOP 12	Ersatz der provisorischen Containerklassenzimmer am Gymnasium Vaterstetten und Ausbau auf 1.500 Schüler
--------	---

2017/2914/1

11/SE

Der Landrat erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll).

Anregung von KR Alexander Müller, den Beschlussvorschlag um den Hinweis zu ergänzen, dass die Erweiterung insbesondere wegen der Umstellung auf das neunstufige Gymnasium notwendig werde. Damit könne dieses Projekt an dem Förderprogramm der Regierung teilnehmen.

KRin Melanie Kirchlechner regt an, die Folgekosten in den Beschlussvorschlag miteinzuschließen.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt und der Landrat stellt ihn zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten soll insbesondere wegen der Umstellung auf das neunstufige Gymnasium auf 1.500 Schüler ausgebaut und die Containerklassenzimmer ersetzt werden.**
- 2. Die Maßnahme wird für 2018 von der Warteliste genommen.**

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Haushaltsplanung 2018 die Kosten für diese Maßnahme (einschl. Folgekosten) näher zu berechnen und dem LSV-Ausschuss zur Beratung vorzulegen. Die weiteren Planungs- und Prüfungsschritte (u.a. staatliche Zuschüsse) sollen vorbereitet und den zuständigen Gremien jeweils zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.**



**einstimmig angenommen**

TOP 13	Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2015 der Kreisklinik gGmbH – Entlastung des Aufsichtsrats
--------	---

2016/2799

1/14/Beteiligungen/JA 2015/EntlastungAR

Der Landrat und KRin Elisabeth Platzer, als Mitglieder des Aufsichtsrates, dürfen wegen persönlicher Beteiligung an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen (Art. 43 Abs. 1 LKrO). Der gewählte Stellvertreter des Landrats Walter Brilmayer übernimmt den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll).

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Stellvertreter des Landrats Walter Brilmayer den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:**

**Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung erteilt.**



**einstimmig angenommen**

Der Landrat und KRin Elisabeth Platzer, als Mitglieder des Aufsichtsrates, haben wegen persönlicher Beteiligung an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 14	Jahresabschluss 2016 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
--------	--

2016/2800

1/14/JA 2016 SoV KK

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Der Landrat übernimmt wieder den Vorsitz und erteilt Frau Keller das Wort, die den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 8 zum Protokoll) erläutert.

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Jahresabschluss 2016 des Sondervermögens Kreisklinik in Höhe von 209.371,44 € (Verlust) zur Kenntnis. Er wird zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.**



**einstimmig angenommen**

TOP 15	Betrauungsakt für die Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU
--------	---

2017/2906

1/14/Beteiligungen/WBE gKU

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 10 zum Protokoll).

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Der in der Anlage 9 zum Protokoll beigefügte Betrauungsakt mit Datum 24.07.2017 für die Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU wird beschlossen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 16	Beitritt der Gemeinde Moosach zur Wohnbaugesellschaft Ebersberg WBE gKU; Änderung der Unternehmenssatzung
--------	--

2017/2882

1/ gKU

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 12 zum Protokoll).

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Die Gemeinde Moosach tritt der Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU bei.**
- 2. Die Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Wohnbaugesellschaft Ebersberg“ gKU wird gemäß Anlage 11 zum Protokoll (Stand: 24.07.2017) beschlossen.**

**3. Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, die Unternehmenssatzung zu unterzeichnen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 17	Antrag der GWG Wasserburg auf Baukostenzuschuss zum Neubau von EOF-Wohnanlagen in Vaterstetten
--------	--

2017/2908

41/EOF-2017-314, 41/EOF-2017-28

An der Beratung nahmen teil: Anita Langer, SG-Leitung 41,  
Grundstücksverkehr Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung

Der Landrat erläutert den Sachverhalt der versandten Sitzungsvorlage.

KR Roland Frick teilt mit, dass er dagegen stimmen werde.

Heute werde ausschließlich über das Projekt in Vaterstetten abgestimmt, erklärt der Landrat.

Herr Neugebauer passt im Beschlussvorschlag (entsprechend dem Sachverhalt) die Zahl von 23 Mietwohnungen auf 29 Mietwohnungen an.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Der Landkreis Ebersberg gewährt der GWG Wasserburg im Rahmen dieser Einzelfallentscheidung für die Baumaßnahme in Vaterstetten an der Dorfstraße zur Neuschaffung von 29 Mietwohnungen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung einen einmaligen verlorenen Baukostenzuschuss von 158.500 €.**
- 2. Es wird festgestellt, dass sich die Gemeinde Vaterstetten bereits verpflichtet hat, einen gleich hohen Zuschuss der GWG Wasserburg zu zahlen. Der Beschluss zur konkreten Höhe des Zuschusses erfolgt im Juli 2017.**
- 3. In den Fördervertrag ist eine Klausel aufzunehmen, wonach die Wohnungen für den Zeitraum der Vertragsdauer, längstens auf die Dauer von 25 Jahren nach den übrigen Maßgaben der staatlichen Förderung zu nutzen und zu vermieten sind. Die Miethöhe richtet sich nach den Regulativen der „EOF“ im Rahmen der staatlichen Förderung.**
- 4. Gegenüber der GWG wird – wie in den vergangenen Förderentscheidungen auch – auf ein Vorkaufsrecht für den Landkreis verzichtet.**
- 5. Ebenso wird gegenüber der GWG auf die Absicherung eventueller Förderrückzahlungen durch Grundschuld verzichtet.**
- 6. Im Übrigen ist der Vertrag nach den Mustern der bereits abgewickelten Förderfälle zu formulieren.**

**7. Die für die Förderung erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 158.500 € sind vom Pauschalansatz in Höhe von 200.000 € nicht mehr gedeckt. 85.000 € werden deshalb 2017 als überplanmäßige Ausgabe genehmigt.**



angenommen

gegen 1 Stimme

TOP 18	Energieagentur Ebersberg, Beteiligung des Landkreises München
--------	---

2017/2902/1

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 15.03.2017, TOP 6

An der Beratung nahmen teil:

Hans Gröbmayer, Klimaschutzmanager

Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Der Landrat erläutert den Zeitplan des weiteren Beratungs- und Genehmigungsverlaufs:

- Aufsichtsrat Energieagentur Ebersberg 17.07.2017
- Information über die Sitzung des Aufsichtsrats an den ULV-Ausschuss Ebersberg am 18.07.2017
- Entscheidung im Kreistag Ebersberg am 24.07.2017
- Entscheidung Kreistag München 26. 09. 2017
- Geplantes Datum der Beteiligung des Landkreises München: 01.10.2017

Herr Gröbmayer erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 15 zum Protokoll).

KRin Waltraud Gruber äußert Bedenken zur Reduzierung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder. Sie könne auch nicht mit dem Zeitplan mitgehen. Der Aufsichtsrat der Energieagentur tage erst nach der heutigen Sitzung des KSA am 17.07.2017. Gemäß der Satzung müsse bei größeren Umstrukturierungen der Aufsichtsrat der Energieagentur gehört werden. Ebenso bräuchte sie noch genauere Informationen, wie z.B. die Swot-Analyse. Sie werde gegen den Beschlussvorschlag, vorbehaltlich einer Diskussion in der Energieagentur, stimmen.

Herr Neugebauer stellt dem Gremium einen geänderten Beschlussvorschlag gegenüber der versandten Sitzungsvorlage vor. Dieser wurde um die rechtlichen und steuerlichen Passagen, die zur Gründung eines Konsortiums nötig sind, ergänzt.

Auf Anregung des Gremiums wird der Beschlussvorschlag unter 1. als Vorschlag an den Aufsichtsrat und 2. an den Kreistag abgeändert. Ferner werden unter 1. „Stellvertretender Gesellschafter“ in „Geschäftsführer“, und „Personalaufbau und –eingliederung werden vom GF“ um „im Rahmen des Haushalts bestimmt“ ergänzt.

Der im Beschluss genannte Konsortialvertrag und die Satzung werden als Bestandteil des Beschlusses dem Protokoll beigelegt.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**1. Dem Aufsichtsrat der Energieagentur wird vorgeschlagen, der Zusammenarbeit mit dem Landkreis München mit folgenden Eckpunkten zuzustimmen:**

- **zwei gleichberechtigte Gesellschafter**
- **gleiche Anzahl von Aufsichtsräten**
- **Landrat des Landkreises Ebersberg bleibt auf Dauer Aufsichtsrats-Vorsitzender**
- **Name: „Energieagentur Ebersberg München“ mit bisherigem Logo**
- **Anteilsverkauf durch Kapitalerhöhung**
- **50 % des Wertes der Energieagentur Ebersberg werden zum Zeitpunkt der Beteiligung in die liquide Masse der Energieagentur Ebersberg München eingebracht**
- **Jahresergebnis der Energieagentur wird disquotale nach dem Einwohnerschlüssel aufgeteilt**
- **ein Geschäftsführer, von beiden Gesellschaftern gemeinsam bestimmt**
- **Stellvertretender Geschäftsführer wird baldmöglichst eingestellt**
- **Personalaufbau und –eingliederung werden vom Geschäftsführer im Rahmen des Haushaltes bestimmt**
- **Ausstiegsoption wird erarbeitet, die ein Fortbestehen der Energieagentur Ebersberg gewährleistet**
- **Vorlaufkosten: Aufwand durch Dritte: Landkreis München,**

**Stundenaufwand der Energieagentur Ebersberg: Landkreis Ebersberg**

**Dem Kreistag wird nach erfolgter Beschlussfassung des Aufsichtsrates der Energieagentur folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 2. Der Kreistag sieht die geplante Beteiligung des Landkreises München an der dann künftigen Energieagentur Ebersberg – München als einen zukunftsfähigen Weg an.**
- 3. Unter dem Vorbehalt, dass die Finanzbehörden dem Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Zusage vom XX.XX.2017 – dieser ggf. in Abstimmung mit den Finanzbehörden korrigiert bzw. angepasst – zustimmen, beschließt der Landkreis:**
  - a. Der Beteiligung des Landkreises München an der Energieagentur Ebersberg gGmbH entsprechend den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.**
  - b. Den Rechtstexten zur Beteiligung des Landkreises München an der Energieagentur Ebersberg gGmbH einschließlich etwaiger Änderungserfordernisse aus rechtlichen, steuerlichen oder redaktionellen Gründen wird zugestimmt. Dabei handelt es sich insbesondere um**

- aa) den Konsortialvertrag zwischen dem Landkreis Ebersberg, dem Landkreis München und der Energieagentur Ebersberg gGmbH (Anlage 13 zum Protokoll) und**
- bb) die Satzung der Energieagentur Ebersberg München gGmbH im Entwurf (Anlage 14 zum Protokoll).**

**Die Zustimmung umfasst insbesondere auch eine Änderung des zeitlichen Ablaufs der Beteiligung der Landkreises München.**

- c. Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt den Konsortialvertrag zwischen dem Landkreis Ebersberg, dem Landkreis München und der Energieagentur Ebersberg gGmbH für den Landkreis Ebersberg zu unterzeichnen.**
- d. Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt als Vertreter des Landkreises Ebersberg in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Ebersberg gGmbH dem Konsortialvertrag zwischen dem Landkreis Ebersberg, dem Landkreis München und der Energieagentur Ebersberg gGmbH zuzustimmen, den Geschäftsführer anzuweisen, diesen zu unterzeichnen sowie den Kapitalerhöhungsbeschluss, den Zulassungsbeschluss und den Beschluss über die Satzungsänderung zu fassen.**
- e. Der Landrat wird beauftragt und bevollmächtigt, alle für die Beteiligung nach den vorstehenden Ziffern 1 bis 4 erforderlichen Handlungen vorzunehmen, insbesondere allen erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Vorgängen zuzustimmen. Der Landrat ist hierbei berechtigt, den Landkreis Ebersberg umfassend zu vertreten.**



**angenommen**

gegen 1 Stimme

TOP 19	Meilensteinplanung zur Energiewende
--------	-------------------------------------

2017/2847/1

Vorberatung

Kreistag am 27.04.2015, TOP 10 ö

ULV-Ausschuss am 28.09.2016, TOP 6 ö

An der Beratung nahmen teil:

Hans Gröbmayer, Klimaschutzmanager

Herr Gröbmayer erklärt, dass die Temperatur in den nächsten Jahren auf weit mehr als 2°C steigen werde. Führende Wissenschaftler seien sich darüber einig, dass eine Temperaturerhöhung bis zu 2°C noch beherrschbar sei, aber darüber hinaus nicht mehr.

Herr Gröbmayer erläutert den Meilensteinplan zur Energiewende anhand einer Präsentation (Anlage 16 zum Protokoll).

Die Dringlichkeit der Umsetzung der einzelnen Punkte werde im Gremium gesehen, allerdings würde der Begriff Vision, anhand der Fakten, besser passen.

Der Vorschlag aus dem Gremium, die Bürgermeister und Gemeinderäte in einer Gesamtveranstaltung zu informieren, wird positiv aufgenommen. Die Bürger müssten zur Energiewende auch mehr miteingebunden werden.



Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Die in der Präsentation des Klimaschutzmanagers genannten Meilensteine (Anlage 16 zum Protokoll) werden als zielführend angesehen. Die Energieagentur soll diese weiterverfolgen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 20	Beschleunigter Ausbau der Flughafentangente Ost (FTO) bis zur A 94; Antrag der CSU-FDP-Fraktion vom 02.05.2017
--------	---

2017/2886/1

BL/014

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 21.06.2017, TOP 5 ö

Der Landrat übergibt das Wort an den Antragssteller KR Alexander Müller, der den Sachverhalt kurz erläutert.

KRin Waltraud Gruber erklärt, dass vor einem Ausbau der FTO erst der Erdinger Ringschluss gebaut werden müsse. Dieser würde zu einer Reduzierung des Verkehrs führen. Bei einem Ausbau der FTO könne es zu mehr Mautflüchtigen kommen.

Konsens im Gremium ist, dass es einen sicheren Ausbau geben müsse.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Der Kreistag schließt sich der Positionierung der IHK-Regionalausschüsse Erding-Freising und Ebersberg vom 07.02.2017 bzw. 16.03.2017 an.**
- 2. Der Landrat wird beauftragt, gegenüber der Obersten Baubehörde den Wunsch zum beschleunigten mindestens dreistreifigen Ausbau der Flughafentangente Ost (FTO) bis zur A 94 inklusive der deutlichen Verlängerungen der Einfädelspuren heranzutragen und die große Bedeutung des Verkehrsprojekts für die Bevölkerung und die Unternehmen aus dem Landkreis Ebersberg hervorzuheben.**
- 3. Dem Antrag der CSU-FDP Kreistagsfraktion vom 02.05.2017 ist damit vollinhaltlich entsprochen.**



**angenommen**

gegen 2 Stimmen

TOP 21	Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen; Antrag der SPD- und Bündnis 90 / Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 23. Juni 2017
--------	--

2017/2931

Abt. 2

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 14.04.2017

Der Landrat erteilt den Antragsstellern das Wort.

KR Albert Hingerl und KRin Waltraud Gruber entschuldigen sich für die unterlassene Abstimmung mit den anderen Fraktionen, wie es eigentlich am 03.05. in der erweiterten Fraktionssprecherrunde vereinbart war.

KR Piet Mayr könne der Resolution aus diesem formalen Grund nicht zustimmen. Der Inhalt sei an eine andere Diskussion gebunden.

KR Alexander Müller erklärt, dass ein menschlicher Umgang allein durch das Grundgesetz vorgegeben sei. Wie im Protokoll der erweiterten Fraktionssprecherrunde festgehalten, sollen grundsätzlich vor Wahlen keine Anträge mit übergeordneten politischen Themen in die Kreisgremien eingebracht werden. Nur Anträge mit landkreisspezifischen Themen seien erwünscht.

Der Landrat werde den Antrag ebenfalls aus formalen Gründen ablehnen. In der Fraktionssprecherrunde war Konsens, in der Resolution die positive Arbeit im Landkreis hervorzuheben. Außerdem bestehe zu diesem Thema laut Regierung von Oberbayern keine Befassungskompetenz des Landkreises.

Der Landrat stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD- und des Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion vom 23.06.2017.**



**abgelehnt**

Ja 5 Stimmen

Nein 8 Stimmen

TOP 22	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine

TOP 23	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 24	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 25	Anfragen
--------	----------

TOP 25.1	Geplanter Trägerwechsel im Frauenhaus Erding - Auswirkungen für den Landkreis; Anfrage SPD-Fraktion vom 10.07.2017; Kündigung Träger Frauenhaus Erding; Anfrage Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 10.07.2017
----------	---

An der Beratung nahmen teil: Marion Wolinski, SG-Leitung 22, Sozialhilfeverwaltung, Asyl

Der Landrat nimmt die Anfragen der Fraktionen SPD- und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 17 und 18 zum Protokoll) auf und erklärt, es habe ein Gespräch mit den Partnern Freising, Erding und Ebersberg stattgefunden.

Freising werde aus dem Verbund ausscheiden. Laut Rechnungsprüfung würden 30.000 € zu viel gezahlt. Die Partner Erding und Ebersberg sollen künftig stärker zusammenarbeiten, was derzeit vorbereitet werde. Erding habe dem bisherigen Träger im Rahmen eines Eilgeschäfts gekündigt.

Für das Jahr 2018 werde eine Ausschreibung vorbereitet. Zwei berufene und die bisherigen Träger werden sich bewerben. Die Anlaufstelle ist bis 28.02.2018 gesichert. Ab 01.03.2018 muss dann der neue Träger tätig werden.

Der 24-Stunden-Notdienst soll inhaltlich ausgebaut werden. Es solle nahtlos weitergehen. Im Laufe des Septembers finde ein persönliches Gespräch statt. Für das Jahr 2017 stehen für den Frauennotruf 80.000 € und für das Frauenhaus 70.000 € im Haushalt.

Der Landrat ist zuversichtlich, ab 01.03.2018 mit dem Landkreis Erding eine gute Lösung zu finden. Kostenmäßig sei dem Landkreis noch nicht bekannt, was auf ihn zukommen werde, aber es dürfte keine großen Veränderungen geben.

Frau Wolinski teilt mit, dass die Gelder im Haushalt eingestellt seien.

Auf Nachfrage erklärt der Landrat, dass der Landkreis die Konditionen der Ausschreibungen in Erding nicht mitbestimmen könne.

Der Landrat erklärt die öffentliche Sitzung um 18:55 Uhr für beendet.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.